Morgen-Ausgabe B.

Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M.; Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M.

Durch die Post bezogen (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 5.25 M., monatlich 1.75 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich 9 K 66 h, Ungarn 8 K vierteljährlich.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.

Telephon Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 1 M.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.

Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf. Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Nr. 239. Donnerstag 29. August 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Das deutsche Kadettenschulschiff „Charlotte" ist am 26. August in Cadiz eingetroffen und geht am 5. September von dort nach Tanger ab.

* Im französischen Ministerrat ist gestern die Marokkofrage behandelt worden. (S. Ausl.)

* Das englische Parlament ist gestern mit einer Thronrede vertagt worden. (S. Ausl.)

* Die Antwerpener Hafenarbeiter haben gestern die Arbeit wieder aufgenommen.

* Der Schriftsteller Wilhelm Holzamer ist gestern im Berliner Krankenhause an Diphtheritis gestorben. Er stand im 37. Lebensjahr. (S. Feuill.)

Die zukünftige Entwickelung der deutschen Flotte.

Durch die Rede des Zentrumsabgeordneten Dr. Spahn sind eine Reihe marinetechnischer und marinepolitischer Fragen plötzlich wieder in den Vordergrund gestellt worden, und es sieht auf den ersten Blick so aus, als ob die Marineverwaltung neue große Pläne schon für die nächste Zukunft sich vorgenommen habe. Das ist aber so gut wie sicher, jedenfalls was das schwimmende Flottenmaterial betrifft, nicht der Fall, und wenn man sich an den vor ungefähr zwei Jahren ausgesprochenen Grundsatz der Marineverwaltung hält, daß in Zukunft Schlachtschiffe und Panzerkreuzer den Bauten fremder Nationen gewachsen sein sollen, so kann darin zwar eine gewisse Erhöhung der jährlichen Kosten liegen, aber es ist unrichtig, dies auf der Höhe halten des Kampfwerkzeugs als etwas Neues hervorzuheben. Die Waffe muß auf der Höhe der Zeit stehen, sonst wird sie minderwertig, und da bei dem modernen Schlachtschiff und Panzerkreuzer unter Voraussetzung normaler Deplacementausnutzung Größe und Gefechtswert im selben Verhältnis wachsen oder abnehmen, so müssen eben Vergrößerungen eintreten. Die Vergrößerung wird von derjenigen Marine, die damit vorangeht, den anderen aufgezwungen. Das ist England gewesen und nicht, wie Dr. Spahn gemeint zu haben scheint, die Vereinigten Staaten von Amerika. England hat mit dem Bau des Schlachtschiffes „Dreadnought" und den Panzerkreuzern der Invincibleklasse eine ganz neue Aera eröffnet. Japan ist ihm nachgefolgt, dann die Vereinigten Staaten, eben im Hinblick auf Japan, und selbstverständlich mußte auch Deutschland die Größe seiner Schlachtschiffe zur selben Höhe steigern. Daß diese Steigerung bei uns den ungeheuren Sprung von 5000 bis 6000 Tonnen im Jahre 1906 zeigte, begründet sich darin, daß die deutsche Marineverwaltung in den vorhergehenden Jahren aus Gründen, die früher ausgiebig erörtert wurden, den schweren militärischen Fehler begangen hat, die allmähliche Steigerung der Deplacements der anderen Nationen nicht mitzumachen. Daß die deutsche Marineverwaltung auch im Ergänzungsgesetz von 1906 nicht daran dachte, zu führen, sondern nur das allernotwendigste Maß erreichen wollte, geht aus einem überaus schlagenden Beispiel hervor: im Etat 1906 wurde die erste Baurate für einen Panzerkreuzer E gefordert und dazu erklärt, das Schiff werde ein Deplacement von 15 000 Tonnen erhalten; zu jener Zeit hatte man über die Größe der erwähnten englischen Panzerkreuzer nur unvollkommene Kunde, und die englische Admiralität hatte durch die Presse das Gerücht verbreiten lassen, jene Schiffe würden 15 000 Tonnen halten. Ein halbes Jahr später erfuhr man jedoch, daß die Invincibleklasse ein Deplacement nicht von 15 000, sondern 17 500 Tonnen hielt. Die Folge war, daß für den im Etat 1907 geforderten Panzerkreuzer F eine nicht unerhebliche Kostenerhöhung verlangt wurde mit Hinweis auf die ausländischen Kreuzerbauten; genaue Zahlen über dieses Schiff sind nicht bekannt, es ist aber nach der Bausumme anzunehmen, daß es über 18 000 Tonnen halten wird. Der Panzerkreuzer E wird somit, wenn es nicht durch Aufwendung des Schiffsbaureservefonds im Betrage von jährlich 12,4 Millionen Mark gelungen ist, noch nachträglich einen Ausgleich zu schaffen, wieder ein nicht vollwertiges Schiff sein, weil man nicht selbständig vorging. Da seit dem russisch-japanischen Kriege die meisten Staaten, vor allem die Engländer, dem japanischen Beispiel folgend, über im Bau befindliche Schiffe die strengste Geheimhaltung beobachten, auch absichtlich falsche Nachrichten lancieren, so wird in Zukunft unbedingt notwendig, daß die deutsche Marineverwaltung selbständig mit der Deplacementssteigerung vorgeht; sonst werden wir immer um ein oder mehrere Jahre zurück sein und das Ziel, unsere Schiffe gleichaltrigen fremden völlig gewachsen zu machen, nicht erreichen. Welche Kostensteigerungen dadurch entstehen, läßt sich natürlich absolut nicht sagen, weil man nicht weiß, wie weit die Deplacementssteigerung in Zukunft gehen wird. Einen Anhalt geben gleichwohl die aus der bisherigen Erhöhung erwachsenen Mehrausgaben. Unsere Schlachtschiffe von 13 200 Tonnen kosteten 24,3 Millionen Mark, die neuen, also Etat 1906 und 1907, von ungefähr 18 000 Tonnen, 36,5 Millionen Mark; man kann also für je 1000 Tonnen Steigerung ein Mehr von reichlich 2 Millionen Mark annehmen. Für Kreuzer wird die Kostensteigerung etwas größer, weil bei diesen die Maschinen und Kessel einen größeren Teil des Deplacements ausmachen, auch wegen der überaus großen Länge die zu panzernden Flächen bei Vergrößerung des Deplacements mehr wachsen als bei Schlachtschiffen, und Panzerplatten, Maschinen usw. besonders kostspielig sind. Ein Panzerkreuzer von 19 000 Tonnen z. B. kostet mehr als ein Schlachtschiff von gleicher Größe. Nun ist aber keineswegs anzunehmen, daß die nächsten Jahre weitere große Deplacementssprünge bringen, sondern es wird sich um ein allmähliches Wachsen handeln. Da wir drei große Schiffe jährlich auf Stapel legen, so würde einer jährlichen Steigerung des Deplacements um 1000 Tonnen eine immerhin recht geringe Summe entsprechen und im Vergleich zu einem Etat von 287 Millionen Mark, wie für 1908 vorgesehen ist, gar nicht in Betracht kommen. Hiermit sei den sicher zu erwartenden Aufbauschungen in einem Teil der Presse von vornherein entgegengetreten. Die Geldbedarfsberechnung für die Jahre 1906—17 findet sich in der Denkschrift zum Ergänzungsgesetz des Jahres 1906; da beträgt das Maximum jährlicher Steigerung die Summe von 22,12 Millionen Mark, und zwar findet diese mit dem Etat für 1908 statt. Die absolute Höhe des Etats wächst bis 329,8 Millionen Mark im Jahre 1917. Daraus ergibt sich, daß die Spahnsche Annahme von einer jährlichen Steigerung des Etats um 440 Millionen Mark nur eintreten kann, wenn Faktoren hinzukommen, die 1906 noch nicht vorgesehen waren, und daß die langsame Weitervergrößerung der Deplacements nur eine verschwindende Rolle dabei spielt. Von solchen Faktoren hat Dr. Spahn zwei angedeutet. 1) Die Herabsetzung der Altersgrenze für Schlachtschiffe; 2) die Ausgestaltung unserer Küstenbefestigung. Hinsichtlich der letzteren haben wir schon verschiedentlich betont, daß sie eine geradezu brennende Frage bildet. Seit langen Jahren sind die deutschen Küstenbefestigungen zugunsten des Ausbaues der Hochseeflotte in einer Weise vernachlässigt worden, die schlimme Befürchtungen erregen muß. Elbe, Ems, Weser und Jade sind nicht gegen das Eindringen einer feindlichen Flotte geschützt, die die Seeherrschaft errungen hat, und es ist eine alte Tatsache, daß unsere Flotte himmelweit entfernt davon ist, der englischen die Seeherrschaft überhaupt streitig zu machen. Die Erfahrungen des japanisch-russischen Krieges haben bewiesen, man denke an Port Arthur, daß sogar eine ausgezeichnet geschulte Flotte gegen starke Küstenbefestigungen nichts machen kann, auch wenn deren Bedienung keineswegs auf der Höhe steht. Die Entwicklung der Panzer- und Geschützechnik ferner ermöglicht, Küstenpanzertürme zu bauen, die unverwundbar sind und Geschütze in sie hineinzusetzen, die auch den stärksten Schiffspanzer durchschlagen. Gerade die erwähnten Hafen- und Flußmündungen der Nordsee werden den Hauptangriffspunkt einer gegnerischen Flotte bilden und von ihrer Verteidigung hängt nicht nur die Erhaltung ungeheurer wirtschaftlicher Werte ab, sondern auch das Bestehen Deutschlands als Seemacht und seine Regenerationsfähigkeit als solche. Nach der langen Vernachlässigung werden zweifellos nicht unerhebliche Summen nötig sein, um die deutsche Küstenverteidigung auf die Höhe zu bringen; sie nachher auf der Höhe zu halten, erfordert aber unverhältnismäßig weniger Kosten, als die Erhaltung schwimmenden Materials, denn dies nutzt sich viel schneller ab und muß in bestimmten Zeiträumen völlig ersetzt werden, außerdem fallen die gleichfalls hohen Kosten für Indienthaltung beinahe völlig fort. In Marinekreisen wird schon seit Jahren dringend verlangt, daß mehr für unsere Küsten geschieht, und die jüngst erschienene kleine Schrift des Vizeadmirals Galster „Genügt unsere Küstenverteidigung?" gibt der allgemeinen Besorgnis einen ungeschminkten Ausdruck.

Der andere Punkt, die Herabsetzung der Altersgrenze für Schlachtschiffe von 25 auf 20 Jahre ist gleichfalls eine alte Forderung der flottenfreundlichen Kreise. Hier ist aber nicht nur der Vorgang anderer Marinen maßgebend für die Notwendigkeit, sondern vor allem die immer wieder hervorzuhebende Tatsache, daß unsere sämtlichen vor 1906 auf Stapel gelegten Schlachtschiffe viel kleiner als die gleichaltrigen fremder Nationen waren, also auf das Prädikat der Vollwertigkeit keinen Anspruch machen können. Man kann als Grundsatz aufstellen, daß ein Schiff um so langsamer veraltet, je mehr es bei seiner ersten Indienststellung den damaligen Anforderungen militärischer und technischer Natur entsprach. Der Grundsatz gilt natürlich auch umgekehrt. Unsere Schiffe der „Kaiser"-, „Wittelsbach"-, „Braunschweig"- und „Deutschland"-Klasse veralten mit unheimlicher Geschwindigkeit, und was die beiden erstgenannten Klassen anlangt, so ist die Zeit nicht mehr fern, wo sie keinen viel höheren Wert als den alten Eisens haben werden. Wenn es also jetzt international als Notwendigkeit anerkannt wird, Schlachtschiffe nach 20 Jahren zu ersetzen, die einmal vollwertig waren, so gilt das natürlich um so mehr für alle, die es nicht waren. Es kommt aber noch eins hinzu. Das Bautempo. Von Bewilligung des zweiten Flottengesetzes an stellte es sich in der jährlichen Stapellegung von drei großen gepanzerten Schiffen, Schlachtschiffen oder Panzerkreuzern dar. — Da das Deplacement des Panzerkreuzers in Zukunft nicht mehr hinter dem des Schlachtschiffes zurückstehen wird, so ist der militärische Zuwachs der Flotte ebenso wie der Kostenpunkt annähernd der gleiche und wir wählen daher die Sammelbezeichnung „große gepanzerte Schiffe". — Von 1906 ab wäre das Tempo auf zwei vermindert worden, wenn nicht durch das Ergänzungsgesetz von 1906 sechs Panzerkreuzer hinzugekommen wären. So hat denn das Dreitempo seinen Fortgang genommen, würde aber wieder mit dem Jahre 1909 ein Ende nehmen. In der 1906 veröffentlichten Bauverteilung sind für die Zeit von 1910 bis 1917 nur je zwei Ersatzbauten jährlich vorgesehen, wozu dann noch ein einziger, bisher ausstehender Schlachtschiffsneubau käme. Jene Verteilung hängt mit der Anlage des Gesetzes von 1906 zusammen. Ihm zufolge sollen die damals ausstehenden Ersatz- und Neubauten bis zum Jahre 1917 durchgeführt werden und ihre Verteilung bezweckt eine annähernd gleichmäßige Höhe der Jahresetats und eine gleichmäßige Inanspruchnahme der Schiffsbauindustrie. Das sind an sich unanfechtbare Grundsätze, aber ihnen steht der schwere Fehler gegenüber, daß der Ausbau unserer Flotte um ein volles Drittel verlangsamt und auf die Bedürfnisse unserer Wehrkraft nach außen keine Rücksicht genommen wird. Die Herabsetzung der Altersgrenze für Schlachtschiffe von 25 auf 20 Jahre würde nun das jährliche Dreitempo vorläufig erhalten, indem 1910 die vier Schiffe der „Brandenburg"-Klasse zum Ersatz gelangten und kurz nach ihnen die der „Kaiser"-Klasse; hinzu käme der erwähnte Neubau. So würde denn die Herabsetzung der Altersgrenze zwar nicht die dringend notwendige Beschleunigung der Ersatzbauten zur Folge haben, nicht erreichen, daß wir schon vor dem Jahre 1920 den vollen Flottenbestand auf dem Wasser schwimmen haben, sondern nur einer erheblichen Verlangsamung vorbeugen. Selbstverständlich wird es einige Mehrkosten vom Jahre 1910 verursachen, wenn drei Schiffe anstatt zweier in Bau genommen werden, aber dieser Unterschied ist nicht so sehr erheblich, weil ja jedes große Schiff in vier jährlichen Raten bewilligt wird. Außerdem sind ja diese Bauten 1900 bereits bewilligt. Natürlich kommt aber nach außen eins zum andern, und es ist sehr wohl möglich, daß die jährliche Steigerung des Etats dann vom Jahre 1910 ab auch weiterhin ungefähr 20 Millionen Mark betragen wird; nach der jetzigen Aufstellung sinkt sie von 20 im Jahre 1909 auf 8 im Jahre 1910 und noch erheblich weiter hinunter. Wie hoch sich die Kosten für zeitgemäße Ausgestaltung der Küstenbefestigung belaufen würde, ist vorläufig nicht abzusehen. Wir glauben auch nicht, daß es in den Plänen der Marineverwaltung liegt, sie schon jetzt in Angriff zu nehmen. Immerhin sind aber plötzliche Entschlüsse und Beeinflussungen ja niemals ausgeschlossen.

Vom Katholikentag.

Als Ergänzung zu den bisherigen Berichten über den Verlauf des Katholikentages geben wir in nachfolgendem Stimmungsbilder wieder, die uns ein Augenzeuge aus Würzburg schreibt:

Würzburg ist althistorischer Boden für die Geisteskämpfe innerhalb des Katholizismus. Hier rang seit Jahrhunderten wiederholt der germanische Geist der religiösen Selbstbestimmung mit dem römischen Geist der drückenden Gewissensbevormundung. Die zu starkem Leben erwachte evangelische Bewegung in Franken zwang Ende des 16. Jahrhunderts Fürstbischof Echter nieder. Die folgende Herrschaft der Jesuiten führte zur Erstarrung des kirchlichen Lebens, so daß im 18. Jahrhundert der aufgeklärte Bischof von Esthal freiheitlichen Ideen sich erschloß, und vor 100 Jahren theologische Universitätsprofessoren einen scharfen Kampf gegen den Jesuitismus führten. Rom siegte wieder in der Restauration des Papsttums, und der erwachende Ultramontanismus zeitigte als bedeutsame Vertreterin der römischen Interessen 1848 die deutsche Bischofskonferenz in Würzburg. Der ultramontanisierten Wissenschaft dienten von da an die hervorragenden Professoren Hettinger und Hergenröther. Die mit der politisierenden Tendenz des 1870 zur absoluten geistlichen Monarchie erhobenen Papsttums zusammenhängende Veräußerlichung des kirchlichen Lebens empfand und erkannte niemand tiefer als der edle Hermann Schell, der sich 1897 dem römischen Rückschritt mit deutscher Begeisterung entgegenwarf. 1898 noch leuchtete Schell als Redner auf dem Würzburger Katholikentag, im Dezember 1906 hat der Vorsitzende des Ortsausschusses einem freiheitlich und mannhaft fühlenden theologischen hiesigen Universitätsprofessor mit dürren Worten erklärt, daß für Reformideen auf dem Katholikentag kein Platz sei. Wem die innere Einigung des deutschen Volkes eine Herzensangelegenheit ist, wird diese jüngste Entwickelung tief bedauern. Die jüngsten Ereignisse haben die gebildeten, fortschrittlich gesinnten Katholiken erschüttert, und so ist selbst in diesen Kreisen, die sich offen zu kirchlichem Leben bekennen, die Stimmung gegenüber dem Katholikentag zurückhaltend oder ablehnend.

Die Regisseure der Veranstaltung aber wissen die geistigen Differenzen im Katholizismus klug zu verdecken. Der Arbeiterzug am Sonntag, der gegenüber den drei Armeekorps von Essen allerdings nur eine Division darstellte, war eine farbenprächtige äußerliche Demonstration, und den folgenden Arbeiterversammlungen wurde mit Geschick zu Gemüte geführt, daß nur durch die christlichen Grundsätze der katholischer Kirche sich die Einigung der Arbeiter- und Arbeitgeberinteressen und ein kultureller Fortschritt ermöglichen lasse. Das Erscheinen der Bischöfe und die ans Demagogische streifende Rede des österreichischen Theologen mußte bei den kleinen Leuten den Eindruck wecken, daß auch in politischer Beziehung für sie kein anderes Heil zu erwarten sei, als von der im kirchlichen Geiste liegenden Zentrumspolitik. So waren diese Arbeiter ein Herz und eine Seele mit ihren Geistlichen und politischen Führern. Der Begrüßungsabend war eine Illustration zu dem Begriffe „katholisch". Aus Amerika, aus der Schweiz, aus Oesterreich und anderswoher wurden Grüße gebracht, und jeder Redner flocht Zweige ein in den Lorbeerkranz für den deutschen Katholizismus. Besonders drastisch wirkte die Philippika des Franziskanerpaters Grafen Galen gegen die Feinde der katholischen Kirche in Oesterreich und der kirchliche Notruf des stürmisch begrüßten Reichstagsabgeordneten Erzberger.

Die geschlossene Versammlung am Montag fand den Festsaal nicht gefüllt. Einen starken Bruchteil stellten die Geistlichen; die übrigen Besucher rekrutierten sich aus der Schicht der kleinen Leute und mittleren Bildungskreise des Bürger- und Bauernstandes. Die führenden Leute aus Würzburg sind dieselben, die man sonst in Zentrumsversammlungen sieht. Liberale Katholiken und „Reformkatholiken" sucht man vergebens. Von den bedeutenderen bayerischen Zentrumsführern sind nur Heim und Schädler anwesend. Die Sonne lugte fröhlich durch die Scheiben, als soeben die Versammlung stehend und in tiefer Ehrerbietung das Schreiben des Papstes anhörte, der mit erhobenem Zeigefinger und deutlichem Hinweis auf den reformfreudigen Würzburger Boden seine Huld kundgab für den Fall, daß der Katholikentag an der überlieferten Norm der Lehre festhalte. Die Wahl der Vorstandschaft verlief nach alter Tradition so glatt, daß schon vor der Wahl die Ansichtskarten mit den Bildern der Gewählten im Saal Absatz finden konnten.

Die erste öffentliche Versammlung am Montag abend war glänzend besucht. Von den erschienenen Bischöfen wurde besonders lebhaft der Erzbischof von Bamberg begrüßt. Der Papst hat diesmal einen besonderen Vertreter nicht gesandt, weder einen deutschen Kardinal, wie in den letzten Jahren, noch Bannutelli, der 1906 auch in Essen die Grüße Pius' X. brachte, der jüngst erst in Metz dem eucharistischen Kongreß beiwohnte, und der vom hiesigen Zentrumsblatte herbeigesehnt worden war. Soll das auch eine Antwort sein?

Präsident Zehrenbach betonte die Hochachtung vor jeder ehrlichen Ueberzeugung Andersdenkender und sah in den Protestanten Glieder der großen christlichen Gesellschaft. Die Friedensliebe hob nachdrücklich auch der Bischof von Würzburg hervor. In demselben Augenblick zog allerdings ein widerliches Schattenbild uns an den Augen vorüber; es war die Erinnerung an die friedenzerfleischende Hetze des Exjesuiten von Berlichingen in der hiesigen Stadt und an die Hetze des hiesigen Zentrumsorgans wider den wissenschaftlichen Sachverständigen im Prozeß Beyhl-Berlichingen, wider den tapferen Professor Merkle. Warum wurde damals nicht rechtzeitig ein kräftig Bischofswort laut? Warum redet man nur auf der Tagung der Zentrumsheerschau so friedlich?

Ehrlich wollen wir anerkennen, daß der Vortrag Professor Meyenbergs aus Luzern unsere Erwartungen, die wir von diesem Redner hegten, übertraf. Sein Thema „Religion und Konfession" war schwierig gerade in diesem Augenblick. Er hat es im weiterzig katholischen und nicht im ultramontanen Sinn behandelt. Das war nicht der Geist des römischen Einheitskatechismus Pius' X. mit seiner Herabwürdigung des Protestantismus, sondern das war der versöhnliche und verständnisvolle Geist mehr deutsch fühlender Theologie. Wir sehen davon ab, hervorzuheben, was uns von manchen Ausführungen trennt oder was eine ablehnende Kritik herausfordert, sondern wollen nur mit aller Entschiedenheit betonen, daß uns diese Rede allein schon als eine gute Tat erscheint, die berufen ist, mitzuarbeiten an dem edlen Werke der Geistesgemeinschaft innerhalb des deutschen Volkes, wenn wir auch wissen, daß noch ein mächtiges theologisches System sich solchen Gedanken gegenüber verschließt und wenn wir auch beobachtet haben, daß wohl nicht alle Festteilnehmer eines Sinnes waren mit dem Redner. Mit seiner Anerkennung der „Konfession" aller religiös Fühlenden und mit seiner warmen Feststellung, daß auch den Reformationskirchen der Stern des Evangeliums leuchte und seiner nicht völligen Ablehnung der modernen protestantischen Theologie hat er einen Boden der Verständigung geschaffen. Wird er aber ehrlich benützt werden?

Die zweite geschlossene Versammlung erweckte denselben Eindruck, wie die erste: Sie ist ganz überflüssig. Alle Geschäfte besorgen die Vorstandschaft und die Ausschüsse; die „Generalversammlung" sagt zu allem „Ja". Meldet sich kein Redner, so spricht man von einstimmiger Annahme. Und Redner melden sich nicht.

Die öffentliche Abendversammlung am Montag brachte als erstes Thema „Die kirchliche Notlage der Katholiken im Inland". Hier konnten ja nach dem Rezepte des Prager Franziskanerpaters Galen recht aggressive Töne angeschlagen werden. Um so dankenswerter war die ebenso nüchterne als maßvolle und sachliche Behandlung des Themas durch den Theologen Bartels von Bielefeld, der u. a. auch bereitwillig anerkannte, von der inneren Missionstätigkeit der Evangelischen gelernt zu haben.

Hochinteressant war die Rede des Straßburger Geschichtsprofessors Spahn über „Katholizismus und Hochschulen". Wenn die folgenden Katholikenversammlungen, wenn das Zentrum und die katholische Presse seine Grundgedanken in der gleichbegeisterten Weise sich zu eigen macht, wie die heutige Tagung von einigen Tausenden überzeugter Katholiken, dann ist mit einer ultramontanen Auffassung ebenso gebrochen wie mit einer römischen Frage. Auf der ersten Würzburger Katholikenversammlung 1864 faßte man den Plan, eine freie katholische Universität zu gründen. Die staatliche Hochschule brandmarkte man jahrzehntelang als Brutstätte des Antichristes. Spahn wies nach, daß der gläubige Katholik aus religiösen Gründen für die Förderung der Universitäten eintreten müsse und forderte zur regen Mitarbeit auf. Daß freilich auch in dieser eine Fülle von Angriffen gegen jede dem katholischen Dogma widersprechende wissenschaftliche Lehre sich finden wird, bleibt gewiß.

Ueber den nächsten Vortrag, der „Katholizismus und Volksschule" behandelte, behalten wir uns das Urteil noch vor.

SLUB
Wir führen Wissen.